

V-67 Selbstverteidigung der Ukraine unterstützen, diplomatische Initiativen zur Beendigung des Krieges vorantreiben

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig und durch nichts zu
2 rechtfertigen. Die Ukraine befindet sich in einer Notwehrsituation. Wir sind
3 solidarisch mit den Menschen in der Ukraine und stehen zur rechtlich erlaubten
4 und politisch gebotenen Unterstützung der Ukraine bei ihrer Selbstverteidigung.
5 Ebenso, aus einer universellen Haltung zum Schutz jeden einzelnen Lebens,
6 unterstützen wir jeden, der gegen seinen Willen zum Kriegsdienst eingezogen
7 wird. Kriegsdienstverweigerung und Desertation sind Menschenrechte, die von
8 beiden Seiten zu achten und zu schützen sind. In einem laufenden Konflikt sollte
9 Kriegsdienstverweigerung auch als Asylgrund für Menschen aus der Ukraine,
10 Belarus und Russland anerkannt werden.
11 Wir kritisieren jedoch die Kurzsichtigkeit der konzeptionslosen westlichen
12 Bündnisstaaten, die durch das Fehlen jeder eigenen und rechtzeitigen Initiative
13 angesichts der Barbarei des Krieges dessen festgefahrenes und perspektivloses
14 Andauern mitverantworten. Wir begrüßen die neueste Entwicklung, auf Grundlage
15 der Istanbul Beratungen zügig in Friedensverhandlungen einzutreten.
16 Beunruhigend ist, wie unkritisch bisher die militärische Logik in der
17 öffentlichen Diskussion, im Parlament und in den Medien dominiert hat. Mit
18 ständig erhöhten Waffenlieferungen wird der Krieg nur verlängert und das damit
19 verbundene Leid auf beiden Seiten vergrößert. Die Gefahr einer Ausweitung, im
20 worst case bis zur atomaren Eskalation, wächst mit jedem Tag der Kriegsführung
21 weiter.
22 Dringend nötig ist eine Folgeabschätzung, eine Diskussion der möglichen
23 Szenarien, wohin vor allem militärische Unterstützung führen kann. Dass dies
24 unter Kriegsbedingungen schwierig ist, ist uns klar.
25 Gebraucht werden – dringender denn je – diplomatische Initiativen für ein
26 schnellstmögliches Ende der Kampfhandlungen und für einen dauerhaften Frieden
27 mit Russland, der auch den ukrainischen Forderungen genügt.
28 Mit der von Bundeskanzler Scholz in Washington ohne jegliche demokratische
29 Rückendeckung „genehmigten“ Raketen- und Marschflugkörperstationierung wird die
30 Sicherheitslage in Deutschland und Mitteleuropa verschlechtert, nicht
31 verbessert, und die Spannungen weiter erhöht. Das Aufstellen neuer
32 Mittelstreckenraketen, das Schließen tatsächlicher oder angeblicher
33 Fähigkeitslücken sind nicht geeignet, die aktuellen Spannungen abzubauen.
34 Wir unterstützen aktuell vernehmbare Stimmen für mehr Diplomatie zur Beendigung
35 des Krieges gegen die Ukraine (u.a. von Bundeskanzler Scholz im Sommerinterview
36 2024 mit dem ZDF). Wir befürworten ebenso verstärkte Anstrengungen auf
37 internationaler Ebene, unter Beteiligung der Konfliktparteien Wege zu einer
38 friedlichen Lösung zu entwickeln. Wir fordern die Bundesregierung, die Grüne
39 Fraktion und die Grüne Partei auf, sich an der Suche nach realisierbaren Wegen
40 für einen Verhandlungsfrieden und für Entspannung und Abrüstung intensiv zu
41 beteiligen und einen offenen Diskurs zu führen, welche Wege jenseits
42 militärischer Logik zum Frieden führen könnten.

Begründung

In der aktuellen Lage wird immer mehr erkennbar, dass spätestens jetzt die Möglichkeit für Diplomatie und Verhandlungen ergriffen werden muss, um eine weiterem verheerende Eskalation zu verheinden und Menschenleben zu schützen. Selbst Kanzler Scholz äußert sich in diesem Sinn ...

weitere Antragsteller*innen

David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Ursula Hertel-Lenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Delphine Scheel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Berti Furtner-Loleit (KV München); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Manuel Mühlbauer (KV Fürth-Land); Mario Hüttenhofer (KV Konstanz); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Gernot Schulmeister (KV Main-Kinzig); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Dora Pfeifer-Suger (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Elke Roskosch-Buntemeyer (KV Oldenburg-Stadt); Angelika Aigner (KV Traunstein); Michael Mirbach (KV Grafschaft Bentheim); Norbert Fleige (KV Hamburg-Bergedorf); Christopher Stark (KV München); sowie 37 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.